



**Rede des Vorsitzenden  
der CDU-Landtagsfraktion  
Armin Laschet MdL**

**102. Plenarsitzung (Sondersitzung)**

**Serienweise Übergriffe auf Frauen rund um den Kölner  
Hauptbahnhof während der Silvesternacht**

**14. Januar 2016**

Es gilt das gesprochene Wort

## **1. Dimension der Gewaltexzesse in der Kölner Silvesternacht**

- Ausmaß und Art der Geschehnisse sprengen den Rahmen des Vorstellbaren.
- Furchtbare Gewaltorgie mitten in der größten Stadt unseres Landes.
- Kölner Hauptbahnhof und Domplatte waren an diesem Abend ein rechtsfreier Raum und eine No-Go-Area für Frauen.
- Zahl der Anzeigen steigt weiter, Ausmaß der Taten wird immer deutlicher
- Sie alle haben den Bericht in seinen verstörenden Details gelesen.
- Ein Polizist schildert: „Frauen mit Begleitung oder ohne durchliefen einen im wahrsten Sinne ‚Spießrutenlauf, [...] wie man es nicht beschreiben kann.“
- Ein Opfer: „Schon, als wir auf dem Bahnhofs-Vorplatz ankamen, habe ich plötzlich nur noch Männer gesehen. Es waren Hunderte. Und sie haben uns behandelt wie Freiwild.“
- Das sind traumatische Erfahrungen der direkt betroffenen Frauen und Polizisten.
- Die Verunsicherung reicht über die direkt Betroffenen hinaus: Unser ganzes Land debattiert.
- Zu Recht: Was in Köln passiert ist, hätte nicht passieren dürfen.
- Köln wird uns noch lange beschäftigen.
- Die Folgen sind bereits sichtbar.

## **2. Vertrauenskrise des Rechtsstaats sicht- und spürbar**

- In Düsseldorf patrouillierte am Wochenende zum ersten Mal eine Bürgerwehr.
- Eine „Kölner Bürgerwehr“ sucht über Facebook nach Kampfsportlern, Bodybuildern und Türstehern, um auf Streife zu gehen.
- Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind Anfeindungen ausgesetzt, werden aus dem Nichts angegriffen und krankenhaushausreif geschlagen.
- Die Verkaufszahlen für Pfefferspray sind nach oben geschneilt.
- Die Kölner Polizei verzeichnet eine Antragsflut zum Kleinen Waffenschein, viele Bürgerinnen und Bürger rüsten sich mit Schreckschuss- oder Reizstoffwaffen aus.
- Selbst im beschaulichen Sauerland sind Elektroschocker und Gaspistolen in einigen Läden bereits ausverkauft.
- Selbstverteidigungskurse für Frauen sind an manchen Orten ausgebucht.
- Rechte Populisten hetzen im Netz gegen Flüchtlinge und die Aufnahme Schutzbedürftiger in unseren Dörfern und Städten.
- Das sind die messbaren Folgen der Kölner Silvesternacht. Das ist das verheerende Ergebnis dieses Versagens.

- Was in den betroffenen Frauen, den Opfern dieses Abends vorgeht, wenn sie ihr Haus oder ihre Wohnung verlassen, können wir gar nicht ermessen.
- Der Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Sicherheitsbehörden und die Innere Sicherheit dieses Landes ist immens.
- Was ist in dieser Situation die Aufgabe der Politik?
  - Aufklärung sicherstellen
  - Gegenmaßnahmen sachlich diskutieren und umsetzen

### 3. Fragwürdiges Amtsverständnis von Minister Jäger

- Deshalb haben wir den Innenausschuss für eine Sondersitzung einbestellt. Der Landtag als Volksvertretung ist das Forum für Antworten.
- Die Sitzung am Montag wäre für den Innenminister die Gelegenheit gewesen, endlich reinen Tisch zu machen.
- Stattdessen:
  - Ein zackiger Auftritt wie eh und je
  - Verantwortung als Ressortchef nach unten weggedrückt
- So schnell ändert sich der Maßstab dieses Ministers, wenn er in der Kritik steht. Dieser Minister ist ein Situationsethiker.
- Seine Auffassung von Ressortverantwortlichkeit war mal anders:
- Seine diversen Rücktrittsforderungen – egal, was im Land passiert war – gegenüber anderen Verantwortungsträgern, etwa Frau Ministerin Müller-Piepenkötter, sind uns allen noch im Ohr.
- Nach einem Aktenverlust in der Staatsanwaltschaft Mönchengladbach im August 2009 sagte er:

*„Die Ministerin versucht abermals die Verantwortung für die skandalösen Zustände in der Staatsanwaltschaft Mönchengladbach auf nachgeordnete Beschäftigte abzuwälzen. [...] Das ist das persönliche Versagen von Frau Müller-Piepenkötter mit gravierenden Folgen für die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in eine funktionierende Justiz.“*

- „Auf nachgeordnete Beschäftigte abwälzen“: Was anderes war die Tirade dieses Ministers gegen die Kölner Polizei im Innenausschuss?
- Nach den Misshandlungen von Flüchtlingen in Landeseinrichtungen in Burbach im September 2014 sagte er noch: *„Ich übernehme keine Verantwortung, ich habe sie.“*
- Aber in der Folge dieses Ereignisses, im nicht enden wollenden Chaos Ihrer Flüchtlingspolitik, hat er gemeinsam mit Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, nach dem gleichen Muster stilllos den Regierungspräsidenten Bollermann abgesetzt – *„Abwälzen auf nachgeordnete Beschäftigte.“*

- Heute sagt Ihr Innenminister, er trage als Ressortchef für die Geschehnisse „keine operative Verantwortung“. Das ist nun eine Binsenweisheit – kein Innenminister ist direkt an Polizei-Operationen beteiligt.
- Seine Schlussfolgerung daraus ist die gleiche wie sonst: Die Schuld an der Lageeskalation in der Silvesternacht trägt einzig und allein die Polizei in Köln – „Abwälzen auf nachgeordnete Beschäftigte“.
- Das gipfelte in folgendem Satz, für den er sich ja bereits entschuldigt hat:
  - „Es ist völlig ausgeschlossen, dass ein Ministerium in irgendeiner Weise in eine operative Lage eingreifen kann oder will. Es wäre dasselbe, als ob die Gesundheitsministerin eine Blinddarmentzündung operiert.“
- Damit hat er die kriminellen Taten in mir unverständlicher Weise verharmlost. Dafür hat er sich entschuldigt.
- Aber dieser Satz zeigt noch mehr als nur einen Mangel an Einfühlungsvermögen: Er offenbart ein erschreckendes Amtsverständnis. Er verneint die politische Verantwortung als Minister.
- Frau Ministerpräsidentin: Bei hart aber fair haben Sie gesagt, ich zitiere: „Ich habe die Macht und die Aufgabe, als Vertreterin des Staates dafür zu sorgen, dass so etwas nicht geschieht.“
- Warum machen Sie es dann nicht? Das, was Sie hier vorgetragen haben, war eine Bankrotterklärung dieser Landesregierung in der Innenpolitik.
- Und wenn Sie einen Neuanfang machen wollen: Weiß Ihr Innenminister, dass er auch diese Macht und Aufgabe hat?
- Was ist sein Amtsverständnis?
  - Für die Sicherheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen ist der Innenminister zuständig. *Punkt.*
  - Er ist der Dienstherr über 47 Kreispolizeibehörden, drei Landesoberbehörden und alle 50.000 Beschäftigten, inklusive der Leitungsebenen. *Punkt.*
  - Das sind Ihre Mitarbeiter, Herr Jäger, und das ist Ihre Polizei.
- Wenn Sie als der für die Polizei verantwortliche Minister in Ihrem Bericht von Polizeiversagen sprechen, dann können Sie nicht sagen, Sie hätten damit nichts zu tun.
- Gemeinsam haben Sie Herrn Albers zum Polizeipräsidenten ernannt. Er war vier Jahre im Amt. Er war Ihr Mann.
- In seiner Amtszeit gab es schon andere Dinge, die eskaliert sind, wie etwa die Gewaltdemo rechtsradikaler Hooligans. Auch damals galt: zuerst unterschätzt, dann eskaliert, dann schöngeredet.
- Es gab den SEK-Skandal – Sie haben ihn weiter gewähren lassen.
- Herr Minister: Die Entscheidung, wer Polizeipräsident in der größten Stadt des Landes wird und bleibt, trifft der Minister persönlich. Dann können Sie nicht sagen, Sie hätten damit nichts zu tun.

- Insofern haben Sie mit den Vorgängen von Köln genauso viel zu tun wie der Kölner Polizeipräsident. Der führt selbst auch keine Personenkontrollen auf der Domplatte durch – aber er hatte Verständnis für Ihre Entscheidung, ihn zu entlassen, damit das Vertrauen der Bürger zurückgewonnen werden kann.
- Ein Verständnis, das Sie bisher vermissen lassen.
- Auch zur operativen Verantwortung hatten Sie bei anderen Themen sonst eine ganze andere Einstellung: Stehen Sie bei ihren Blitzermarathons nicht mitunter selbst hinter dem Gerät?
- Sie mögen an jenem Abend nicht selbst vor Ort die operative Verantwortung getragen haben.
  - Sie tragen aber Mitverantwortung für die Einsatzplanung im Vorfeld.
  - Sie tragen Mitverantwortung für die Öffentlichkeitsarbeit.
  - Sie tragen die Verantwortung für die personelle Ausstattung der Polizei.
  - Sie tragen die Verantwortung für Personalentscheidungen im Polizeiapparat.
- Und Sie tragen in jedem Fall auch die *politische* Verantwortung für Köln.
- Was politische Verantwortung bedeutet, hat Rudolf Seiters 1993 nach einem GSG9-Einsatz zur Ergreifung von RAF-Terroristen gezeigt. Er saß in Bonn, während der Einsatz im mecklenburgischen Bad Kleynen stattfand. Damals wurden Vorwürfe gegen seine Beamten erhoben, die später widerlegt wurden.
- Obwohl er persönlich kaum in der Kritik stand, zog er schnell Konsequenzen und trat von seinem Amt als Bundesinnenminister zurück.
- Sein Argument vor 20 Jahren: es gebe in Deutschland zu Recht den Begriff der politischen Verantwortung: „*Wer soll denn die Verantwortung übernehmen, wenn nicht der Minister?*“
- Das Fazit einer Zeitung (Nordwest-Zeitung vom 5. Juli 1993) damals: „*Sein Abgang war so wie seine Amtsführung – honorig. Rudolf Seiters [...] entsprach mit seinem Rücktritt besten demokratischen Tugenden.*“
- Minister Jäger hat am Montag das Gegenbeispiel geliefert.
- Mehr noch: Er hat sich im Innenausschuss noch nicht einmal zu einer Entschuldigung an die Opfer durchringen können.
- Nehmen Sie sich ein Beispiel an einem honorigen Minister!

#### **4. Nach Sondersitzung: viele offene und neue Fragen**

- Der Innenminister ist aber nicht nur eine Entschuldigung schuldig geblieben, sondern auch Antworten auf wichtige Fragen und Widersprüche.
- Zur Einsatzplanung im Vorfeld:
  - Warum gab es keine vollumfängliche Bereitstellung der im Vorfeld durch das PP Köln angeforderten Verstärkung?
  - Warum wurde das Personal auch nach der Terrorwarnung vom 23. Dezember nicht aufgestockt?

- Warum ist die Bundespolizei offensichtlich zu einer anderen Lageeinschätzung gekommen als die Landespolizei und hat wenige Tage vorab entschieden, ihre Kräfte am Kölner Hauptbahnhof für die Silvesternacht massiv aufzustocken?
- Zur verfehlten Informationspolitik im Nachgang:
  - Sie sagen, das MIK habe das PP Köln immer wieder aufgefordert, für Klarheit zu sorgen. Warum haben Sie es nicht selbst getan und eine Richtigstellung der Geschehnisse vorgenommen?
  - Seit der gestrigen Innenausschuss-Sitzung des Bundestags heißt es, dass Ihr Ministerium bereits um 3.00 Uhr in der Silvesternacht eine Meldung nach Berlin weiterleitete, wonach in Köln zwischenzeitlich eine Massenpanik gedroht habe.
  - Hat Ihr Lagezentrum Sie darüber informiert? Haben Sie die Ministerpräsidentin informiert?
  - Warum gab es keine Richtigstellung der Falschmeldung der Kölner Polizei durch das Ministerium: nicht an Neujahr, nicht am 2. und nicht am 3. Januar?
  - Erst nach Aufdeckung durch die Medien wurde am 4. Januar Aufklärung verlangt. Und im Nachhinein tun Sie so, als hätte Ihr Haus in diesen Tagen Druck auf Köln ausgeübt.
  - Fakt ist: Mit diesen drei Tagen des Nichtstuns haben Sie das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Polizei und in die Politik ganz persönlich erschüttert!
- Zur Vertuschung von Täterinformationen:
  - Auch hier wälzen Sie die Schuld auf die Kölner Polizei ab und suggerieren, das sei ein Alleingang, für den sie natürlich markige Worte der Verurteilung finden.
  - Wir hören das Gegenteil: Polizisten schildern uns, dass es im August noch die klare Ansage gegeben habe, für das interne Lagebild den Begriff „Flüchtling“ zu verwenden.
  - Im Dezember dagegen heißt es dann, man solle ab dem 1.1.2016 nur noch von „Zuwanderern“ schreiben.
  - Sie werden sagen, dass das auf eine gemeinsame Vereinbarung der Behörden der Länder mit den Behörden des Bundes zurückzuführen ist.
  - Aber können Sie angesichts dieser Änderung der Begrifflichkeiten nicht verstehen, dass der Beamte, der die undankbare Aufgabe hat, die Meldung über die Kölner Gewaltorgie zu verfassen, die Verwendung des Begriffs „Flüchtling“ als „politisch heikel“ einschätzt?
  - Etwas ist doch erst dann „politisch heikel“, wenn eine Regierung es nicht wissen will.
  - Ist es also fair, einen Alleingang zu suggerieren, der gar nicht stattgefunden hat?

- Sie pflegen diese fragwürdige Informationskultur, wie auch andere Beispiele aus dem ganzen Land, etwa aus Bielefeld, belegen. Auch hier eklatante Widersprüche zwischen den Augenzeugen- und Presseberichten auf der einen Seite und den Angaben der Polizei auf der anderen Seite.
- Sie aber treten aus dem Ausschuss heraus und erklären in die Kameras, ich zitiere: *„Um es deutlich zu sagen, es gibt eine Erlasslage in Nordrhein-Westfalen, dass die Polizeibehörden gesondert aufgefordert sind, alle Vorgänge im Zusammenhang mit Straftaten gegen Flüchtlinge aber genauso Straftaten durch Flüchtlinge klar und deutlich als solche zu benennen.“*
- Sie gehen noch weiter und behaupten, die Polizei geradezu dazu ermutigt zu haben, alle Hintergründe über eine mögliche Beteiligung von Flüchtlingen zu melden.
- Das ist Ihre Lesart.
- Axel Lehmann, SPD-Landrat von Lippe und damit qua Amt Dienstherr der lippischen Polizei, sagt zu Ihrer Erlasslage: *„Für uns spielt der Status keine Rolle. (...) Wir werden auch mit dieser neuen Regel damit nicht offensiver umgehen als bisher.“*
- Halten Sie es für wahrhaftig, so willkürlich mit der Ihrer offenkundig unklaren Erlasslage umzugehen?
- Zumindest den Landrat werden Sie nicht absetzen.
- Aber wie es dem nächsten Polizeipräsidenten geht, der die Winkelzüge Ihrer situativen Exegese dieser unklaren Erlasslage Ihres eigenen Hauses nicht kennt, das können wir uns schon vorstellen.
- Das Vertrauen der Polizei ist erschüttert – zu Recht.

## **5. Köln reiht sich ein in rot-grünes Versagen bei Innerer Sicherheit**

- Mehr noch: Das Vertrauen der Menschen im Land in die Arbeit dieses Ministers ist erschüttert.
- Köln reiht sich ein in eine ganze Reihe von skandalösen Vorgängen:
  - Rekord-Einbrüche mit desaströser Aufklärungsquote
  - Burbach
  - HoGeSa
  - amtlich festgestellte No-Go-Areas in Nordrhein-Westfalen
    - Leiter einer Gelsenkirchener Polizeiwache sieht sich dazu genötigt, sich mit Vertretern eines Vereins der organisierten Kriminalität an einen Tisch zu setzen
    - kleinste Einsätze der Polizei in Gelsenkirchen führen zu riesigen Menschenansammlungen, bei denen dann sogar die Bereitschaftspolizei mit ihren Hundertschaften gerufen werden muss

- Bericht der Polizei weist Teile Duisburgs als No-Go-Areas aus
- wachsende Salafistenszene
  - Verfünffachung der Zahl an Salafisten seit dem Amtsantritt von Innenminister Jäger (2011: 500; aktuell: 2.500 Salafisten).
  - Zahl der gewaltbereiten Salafisten hat sich allein 2015 von 300 auf 500 erhöht.
  - Ein straffällig gewordener Asylbewerber aus Recklinghausen verübt in Paris einen Terroranschlag – ohne das auch nur irgendeine Sicherheitsbehörde in Nordrhein-Westfalen sein Verschwinden bemerkt.
- All das fällt in den Zuständigkeitsbereich des Innenministers.
- Aber auch für diese Zustände trägt dieser Innenminister seinem Amtsverständnis nach ja mit Sicherheit keine Verantwortung.
- Er müsste es aber, denn dafür bekleidet er sein Amt.
- Wenn er es also nicht so sieht, ist er zu einer Gefahr für die Innere Sicherheit geworden.
- Wir fragen Sie:
  - Wo sind die Konzepte gegen rechtsfreie Räume?
  - Was sind die Schlüsse aus den Kölner Silvesterabend und die Gegenmaßnahmen, damit sich das an Karneval nicht wiederholt?
  - Was tut die Landesregierung, um der wachsenden Terrorgefahr in unserem Land Einhalt zu gebieten?
  - Was sind die Vorschläge von Rot-Grün, um Schlagkraft und Strukturen der Polizei in Nordrhein-Westfalen wieder zu erhöhen?

## 6. Unsere Forderungen zur Stärkung der Inneren Sicherheit

- Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen.
- Wir haben zahlreiche Anträge und Initiativen mit dem Ziel, die Arbeit der Polizei zu verbessern, in den Landtag und die Debatte eingebracht.
  - Strukturreform der Polizei: Konzentration auf die Kernaufgaben
  - Body-Cams zum Schutz unserer Beamten und zur besseren Aufklärung: Die schwarz-grüne Landesregierung in Hessen hat das bereits eingeführt, zum Schutz der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.
  - Einführung einer Mindeststrafe für Angriffe auf Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte: Sie hingegen haben sich im Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt, Namensschilder für Polizisten durchzusetzen – als wenn die Polizisten das Problem wären! Schluss mit dieser Misstrauenskultur!
  - Videoüberwachung an Orten mit kriminalitätsbegünstigenden Faktoren: Dazu gehört auch der Kölner Hauptbahnhof, aber viele weitere Orte im Land auch.

- „Schleierfahndung“, also verdachtsunabhängige Personenkontrollen: Nur Bremen und Nordrhein-Westfalen haben nicht die Absicht, die notwendigen rechtlichen Grundlagen im Polizeigesetz zu schaffen. Das hätte in Köln geholfen.
  - Schnellere Ausweisung krimineller Ausländer, gerade von Serientätern: eine Forderung, die selbst von Flüchtlingen erhoben wird, die nicht in einen Topf geschmissen werden wollen mit Gewalttätern.
  - Einrichtung eines digitalen Terrorabwehrzentrums
- Initiativen der Landesregierung? Fehlanzeige!

## 7. Rolle der Ministerpräsidentin

- Es mangelt in der letzten Zeit aber nicht nur an Initiative der Regierung, sondern auch an einer klaren politischen Positionierung der Ministerpräsidentin. Oder wenigstens ein Wort!
- Wenn Donald Trump – jemand, der wohl kaum Anhänger in diesem Raum finden wird – sich im US-Präsidentschaftswahlkampf über unser Land lustig macht, wenn Zeitungen in China und auf der ganzen Welt kritisch über Deutschland und Köln berichten, dann wäre das spätestens der Moment gewesen für eine Ministerpräsidentin, Stellung zu beziehen und das Ansehen unserer Heimat zu verteidigen.
- Aber die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen hörten von ihrer Ministerpräsidentin: erst einmal gar nichts.
- Noch in ihrer Neujahrsansprache sagten Sie: *„Viele fragen sich [...], wie sicher ist es noch bei uns?“* Das gilt seit der Silvesternacht einmal mehr.
- Und dennoch haben Sie bis vor wenigen Minuten keine offizielle Stellungnahme zu den Vorfällen in Köln abgegeben. Dazu mussten wir erst den Landtag zu einer Sondersitzung einberufen.
- Wollten die Bürger, die Abgeordneten oder auch die Journalisten der Landespresse Sie dazu hören, mussten sie – nach 10 Tagen Ihres Schweigens – „hart aber fair“ einschalten.
- Sie haben sich dort der Einschätzung ihres Parteifreunds angeschlossen: Die Polizisten vor Ort sind schuld, keinerlei Versagen des Ministers.
- Der liberale Journalist Heribert Prantl musste Sie daran erinnern, was politische Verantwortung ist.
- Und dennoch: Sie haben in dieser Talkshow endlich öffentlich bedauert, dass Sie als Regierung die Frauen nicht haben schützen konnten und dass Sie das Geschehene nicht rückgängig machen können.
- Um es klar zu sagen: Es ist gut, dass Sie heute endlich etwas gesagt und dass Sie sich im Namen der Landesregierung entschuldigt haben.
- Aber Bedauern ersetzt keine Verantwortung.
- Verantwortung zu tragen heißt, Antwort geben zu wollen und zu können.

- Glauben Sie, ohne eine Kursänderung den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes nach fünf Jahren glaubwürdig vermitteln zu können, dass sich an den inakzeptablen Zuständen in der Inneren Sicherheit etwas ändern wird?
- Glauben Sie, den Menschen in Nordrhein-Westfalen die Zuversicht geben zu können, dass unser Land für die großen Aufgaben und Herausforderungen gewappnet ist?
- Glauben Sie, dass Sie mit diesem Minister nach fünf so ernüchternden Jahren den Neuanfang ausstrahlen können, den es in der Landesregierung jetzt braucht?
- Wir glauben das nicht.
- Deshalb fordern wir Sie auf: Haben Sie den Mut für einen Kurswechsel und für einen echten Neuanfang.